

### **Leserbrief unseres Mitglieds Lennart König:**

Die erste öffentliche Veranstaltung des Magistrats zur öffentlichen Diskussion zum Bürgerbegehren Radentscheid war äußerst gut besucht, aber verfehlte die Chance eines Dialogs und einer Verständigung.

Die Redner des Podiums verbrachten viel Zeit mit schon hinreichend bekannten Statements, die der eigenen Rechtfertigung dienten und wenig auf das eigentliche Thema der Radverkehrsentwicklung eingingen. Wenig überzeugend wirkten die Ausführungen des Leiter des Rechtsamtes, warum der Radentscheid nach der HGO als unzulässig abzulehnen sei. Der Redner konnte sich nicht einmal diskriminierende Untertöne verkneifen mit seinen Zweifeln an der Sachkenntnis der Unterzeichner und der Legitimität der 21 780 Unterschriften.

Erst nach anderthalb Stunden gab es Gelegenheit zu Fragen aus dem Publikum.

Die Enttäuschung der zahlreichen Besucher im Saal über die zunächst brüske Unzulässigkeitsklärung des Radentscheides durch den Magistrat, vor allem dem OB, war deutlich zu spüren. Es wirkte nicht gerade glaubwürdig, wenn die Politiker die allgemeine Unterstützung der Zielsetzungen des Bürgerentscheids treuherzig beschworen, aber blitzschnell auf die Schiene des Verwaltungsrechts wechselten, wenn es um die Realisierung, Finanzierung und Planung der angestrebten Verbesserungen für den Radverkehr ging.

Formelhafte allgemeine Beteuerungen zeigten nur allzudeutlich den mangelnden Willen zur Annäherung an das Anliegen des Radentscheids.

Da wirkten die Ausführungen von Amtsleiter Dr.Förster zum Radverkehrskonzept als Anfangsbasis für die Radverkehrsentwicklung glaubwürdiger und verlässlicher. Es bleibt zu hoffen, daß sich aus diesen Planungen weitergehende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ergeben.

Wie wird es weitergehen - Finanzierungs- und Rechtsfragen hin und her?

Eine große Zahl von Kasseler Bürgern, aber auch von Kindern und Jugendlichen, wünscht sich dringend, daß Radfahren sicherer und sichtbarer wird als bisher.

Viele Bürger wollen eine Verkehrswende: weg von der Autolastigkeit der Stadt hin zu klimabewusster Mobilität. Das Thema Verkehrswende ist das Zukunftsthema, das die Kasseler Politik immer noch wie ein heißes Eisen meidet. Die Politik sollte mehr Mut aufbringen, einen gesellschaftlich mehrheitsfähigen Plan für eine Verkehrswende auf die Beine zu stellen.

Andere Städte - darunter Darmstadt, Wiesbaden und Frankfurt - zeigen mehr Mut und Bereitschaft zur Verkehrswende auf. Unter dem Druck des Fahrverbots haben sie erste Schritte zur Verkehrswende eingeleitet. Sogar die bisherige „Fahrrad-Hölle“ Wiesbaden hat es zu einer gerichtlichsfesten annehmbaren Lösung geschafft.